

Antworten auf Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Milchviehalter e.V.

I Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den EU-Milchmarkt in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen um zukünftigen Milchmarktkrisen rechtzeitig zu begegnen?

Auf dem Milchmarkt besteht ein Strukturproblem. Die Anpassung von Angebot und Nachfrage funktioniert nicht, weil einer großen Menge von Erzeugern ein Quasi-Monopol von nur wenigen Molkereien gegenübersteht. In manchen Regionen gibt es im Umkreis eines Erzeugers von hundert Kilometern nur noch einen einzigen Abnehmer. Weil hier Marktversagen vorliegt, brauchen wir Instrumente zur Marktregulierung. Bäuerliche Betriebe brauchen faire, kostendeckende Preise. Instrumente zur Marktregulierung auf Länderebene aufzubauen ist nicht möglich. Dazu hat das Land keine rechtlichen Kompetenzen. Eine Möglichkeit, die wir auf Länderebene umsetzen können, um die Marktmacht der Erzeuger zu stärken, besteht in der Förderung lokaler und erzeugernaher Verarbeitung und Vermarktung von Qualitätsprodukten. Wir brauchen kartellrechtliche Änderungen auf Bundesebene. Auf Bundesebene setzt sich unsere Partei dafür ein. Wir werden uns im Falle einer Regierungsbeteiligung im Land wie bisher dafür einsetzen, dass dies durch das Land im Bundesrat und in den Ministerkonferenzen ebenfalls vertreten wird. Auf EU-Ebene muss ein Instrument zur Mengenregulierung in Krisenzeiten geschaffen werden, mit einem Bonus-Malus-System. Dafür setzen sich Bundes- und EU-Ebene unserer Partei ebenfalls bereits ein. Im Rahmen der Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder werden wir dies von der Landesebene aus unterstützen.

2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorlegt. Dieser Vorschlag wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen? **Unterstützen Sie die BDM-Forderungen?**

JA.

3. Die aktuellen Milchpreise um 30 Cent/kg Milch sind für viele Milchbauern keineswegs ausreichend, um die entstandenen Verluste auszugleichen und für kommende Krisen vorzusorgen, geschweige denn notwendige Investitionen umzusetzen. **Was schlägt Ihre Partei vor, um kostendeckende Preise von mindestens 40 Cent/kg Milch zu erreichen und die Milchviehhaltung in unserem Bundesland so in der Fläche zu halten?**

Siehe Antwort auf Frage 1

Zusätzlich halten wir eine Honorierung gesellschaftlich gewünschter Leistungen, wie zum Beispiel die Weidehaltung, für erforderlich. In Ansätzen geschieht dies bereits jetzt, ist aber bei weitem nicht ausreichend.

Für Weidemilch als Qualitätsprodukt braucht es klare Kriterien und ein vertrauenswürdiges Siegel, um die Möglichkeit für einen Preisaufschlag zu schaffen. Wir halten es für erforderlich über eine staatliche Haltungskennzeichnung wie beim Ei mit der Drei auch Weidemilch als Erzeugungsqualität zu sichern.

4. Das Bundeskartellamt hat ein neues Sachstandspapier zu seinem Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Lieferbedingungen für Rohmilch veröffentlicht und darin kürzere Kündigungsfristen für Lieferverhältnisse im Milchsektor, eine Lockerung der Kopplung von Lieferbeziehungen und Genossenschaftsmitgliedschaften, eine Festlegung der Preise vor Lieferung und die Vereinbarung fester Liefermengen angeregt. Nun ist die Politik gefordert, die richtigen Schlüsse für mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt zu sorgen. **Welche Vorschläge gibt es dazu in Ihrer Partei?**

Dies fällt in den Bereich der Bundespolitik. Auf Bundesebene haben die Fachpolitiker unserer Partei den Vorstoß des Bundeskartellamtes unterstützt. Wir unterstützen es zusätzlich durch Anträge und Arbeit im Bundesrat, Agrarminister- und Verbraucherministerkonferenzen.

II Gemeinsame EU-Agrarpolitik – Halbzeitbewertung 2017

1. **Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?**

Wir unterstützen diese Forderung, haben uns in der Vergangenheit dafür eingesetzt und werden dies auch zukünftig tun.

2. **Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?**

Auch hier sind wir klar: Siehe Antwort zu 1.

3. **Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Zahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?**

Wir unterstützen diese Forderung beziehungsweise gehören zu denjenigen, die diese Forderung maßgeblich mit voranbringen. Dazu hat sich unsere Partei bereits sehr lange und sehr deutlich und wiederholt auf verschiedenen Ebenen positioniert.

4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

Wir stehen dieser Überlegung zur Stärkung von Beschäftigung im ländlichen Raum und sozialen Stabilisierung positiv gegenüber. Das aber nicht als direkte Subvention von Arbeitskräften, sondern als Kriterium an Obergrenze pro Betrieb bei der Zahlung von Flächenzahlungen.

III Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Wir haben uns für eine Novellierung im Sinne der Empfehlungen der drei Sachverständigenräte der Bundesregierung eingesetzt. Die jetzige Novelle sehen wir als nicht ausreichend an. Wir sehen daher weiteren Reformbedarf und werden uns sowohl auf Bundesebene als auch im Land für eine Novelle nach der Novelle einsetzen. Uns ist dabei bewusst, dass jedes Verschleppen der notwendigen Änderungen im Düngerecht zu höherem Anpassungsdruck für die Betriebe führt.

2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Wir sehen durchaus Möglichkeiten, bestehende Kennzeichnungsregeln zu verbessern und zu erweitern. Es gibt Lücken, die dringend geschlossen werden sollten. Konkret setzen wir uns ein:

- Für eine verpflichtende Kennzeichnung der Haltungsform bei tierischen Produkten, analog zur Kennzeichnung bei Eiern,
- In so eine obligatorische Herkunftskennzeichnung gehört eine klare Definition des Begriffs „Weidemilch“ und entsprechende Kennzeichnungsvorschriften
- Eine klare Definition und Kennzeichnung für vegetarische und vegane Produkte sowie bei tierischen Produkten der Tierart und Herkunft der Tiere
- Eine klare Definition des Begriffs „regional“ und entsprechende Kennzeichnungsvorschriften

Auf eine einfache Herkunftskennzeichnung können weitere private Label aufbauen. Sie wirkt aber marktwirtschaftlich. Verbraucher wissen verbindlich leicht erkennbar, was sie kaufen. Landwirte kennen die Anforderungen und wissen, wie sie investieren und erzeugen können. Das Verschleppen eines Tierwohllabels durch die Bundesregierung bedauern wir sehr.

3. Die Anzahl der Milchvieh haltenden Betriebe in SH verringert sich laufend und der Strukturwandel verläuft aufgrund der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben stark beschleunigt. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um das Tempo des Strukturwandels zu bremsen?

Außer den bereits genannten Maßnahmen, wie Instrumente zur Marktregulierung/Kriseninstrument mit Bonus-Malus-System, Regelungen im Kartellrecht,

der genannten Fördermöglichkeiten, der genannten Kennzeichnungsinitiativen, der genannten erforderlichen Umsteuerung in der Agrarförderung insgesamt („öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“), sehen wir einen Bedarf für ein Umdenken in der Beratung, für eine Überprüfung der Ausbildungsinhalte in der landwirtschaftlichen Ausbildung, der Schwerpunktsetzung in der Arbeit der Agrarfakultäten an den Fachhochschulen und Hochschulen. Dies entzieht sich jedoch weitgehend der politischen Einflussnahme und ist bezogen auf Beratung und Berufsausbildung auch eine Verantwortung des Berufstandes. Mit Interesse beobachten wir neue Entwicklungen zu alternativen Betriebsformen, die auf einer Solidarität zwischen Erzeugern und Verbrauchern beruhen, wie unter anderem das Modell der solidarischen Landwirtschaft oder Formen der genossenschaftlichen Organisation oder Zusammenschlüsse von Betrieben, wie zum Beispiel „De Öko Melkburen“, der Verein Nordbauern, oder Formen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen solche Ansätze mit unseren Möglichkeiten weiter unterstützen.

Auch wenn es sich in der derzeitigen Lage zu mutig anhören mag: Wir brauchen neue Gründer – auch Start ups genannt- auch und gerade auf dem Land. Dazu gehört auch, dass es für Neuanfänger überhaupt einen Zugang zu Boden gibt.